

Nein zum Lohndiktat

Gegen den staatlichen Mindestlohn

Ein staatlich diktiert Mindestlohn würde die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gefährden und kleine und mittlere Betriebe bedrohen. Darunter leiden würden besonders Berufseinsteiger, Frauen und Leute mit tiefen Einkommen in ländlichen Regionen und Berggebieten: Das bekräftigten die Wirtschaftsverbände sowie Firmenchefs vor den Medien in Bern.

Die Mindestlohn-Initiative will einen staatlich diktierten Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde einführen – im internationalen Vergleich klar der höchste. «Ein solcher Mindestlohn würde der Schweizer Wirtschaft und den Arbeitnehmenden massiv schaden. Viele KMU könnten so hohe Löhne schlicht nicht zahlen und müssten schliessen, sollten sie die steigenden Lohnkosten nicht mit Stellenabbau oder Rationalisierungen auffangen können», erklärte Jean-François Rime, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands.



Klare Argumente gegen das Lohndiktat: Valentin Vogt, Jean-François Rime, Guglielmo L. Brentel und Marianne Meister (von links) an der Medienkonferenz in Bern.

Drohender Kostenschock

«Mit der Mindestlohn-Initiative setzen wir uns im internationalen Wettbewerb selbst schachmatt», sagte Valentin Vogt, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. «Zudem höhlt ein gesetzlicher Mindestlohn die bewährte Sozialpartnerschaft aus.» Auch grössere exportorientierte Unternehmen, die wegen der hohen Schweizer Löhne schon heute einem starken internationalen Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind, würden mit dem geforderten Mindestlohn einen richtigen Kostenschock erfahren, erklärte Alain Guttman, Präsident der Bobst Group in Lausanne. Die Lohnkosten würden derart in die Höhe schnel-

len, dass die Schweizer Exportwirtschaft international nicht mehr mithalten könnte. Der Verlust von Arbeitsplätzen wäre die Folge.

Dieser Effekt würde auch den Tourismus mit voller Härte treffen, wo die Mindestlohn-Initiative gerade bei kleineren Hotels und Gastbetrieben einen wahren Kahlschlag auszulösen droht. «Wir zahlen schon heute doppelt so hohe Löhne wie die Österreicher. Müssen wir unsere Preise weiter erhöhen, laufen wir Gefahr, viele Schweizer Kunden und internationale Gäste zu verlieren. Wenn die Mindestlohn-Initiative angenommen wird, müssen wir Leute auf die Strasse stellen oder ganze Betriebe schliessen», sagte Guglielmo L. Brentel, Präsident von Hotelleriesuisse.

Deutliche Warnungen

Marianne Meister, Unternehmerin und Gemeindepräsidentin im solothurnischen Messen, führte am Beispiel ihres Detailhandelsgeschäfts aus, dass speziell Berufseinsteiger mit wenig Erfahrung grosse Mühe hätten, in der Arbeitswelt überhaupt Fuss zu fassen. Ein gesetz-

licher Mindestlohn würde insbesondere Berufseinsteiger, Frauen und Leute mit tiefem Einkommen aus dem Arbeitsmarkt drängen. Auch Teilzeitstellen, die es vor allem Frauen erlauben, ein wichtiges Zusatzeinkommen für die Familie zu verdienen, drohten aufgrund der hohen Lohnkosten zu verschwinden.

Der Tessiner Unternehmer Fabio Regazzi verdeutlichte, dass sich ein Mindestlohn insbesondere auf ländliche Regionen und Berggebiete fatal auswirken würde. Regionen wie das Tessin hätten gerade auch deshalb gute wirtschaftliche Perspektiven, weil sie dank tieferer Lebenshaltungs- und Lohnkosten wettbewerbsfähig seien. Darauf nimmt die Mindestlohn-Initiative jedoch keinerlei Rücksicht. Viele Regionen in der Schweiz würden durch die Mindestlohn-Initiative einen ihrer wichtigsten Wettbewerbsvorteile – die tieferen Kosten – verlieren. Regazzi ergänzte: «Gerade in ländlichen Gebieten, wo um jeden Arbeitsplatz gekämpft wird, hat es direkte gesellschaftliche Konsequenzen, wenn eine Familie mangels Erwerbsmöglichkeiten abwandert.» ■

Die Kampagne läuft

Informieren Sie sich ausführlich über die Kampagne des überparteilichen Komitees «Mindestlohn NEIN» und beteiligen Sie sich daran! Alle Argumente gegen einen staatlichen Mindestlohn sowie Fakten und Hintergründe unter:

www.mindestlohn-nein.ch ■